

Niederschrift
über die Sitzung der Stadtvertretung Tönning
vom 29. März 2021, Nr. 2/2021

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.20 Uhr

Die Mitglieder der Stadtvertretung sind mit schriftlicher Einladung vom 12.03.2021 unter Mitteilung der Tagesordnung zur heutigen öffentlichen Sitzung in den Sitzungssaal des Rathauses Tönning eingeladen worden. Ort, Tag und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung sind bekannt gemacht worden. Der Landrat des Kreises Nordfriesland als Kommunalaufsicht ist über den Zeitpunkt der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet worden.

Teilnehmer:

1. Bürgervorsteher Jan Diekmann
2. Stadtvertreter Friedrich Busch
3. Stadtvertreterin Mery Ebsen
4. Stadtvertreter Andreas Gülck
5. Stadtvertreter Martin Hansen
6. Stadtvertreter Helge Harder
7. Stadtvertreterin Elisabeth Hinrichs
8. Stadtvertreter Jacob Peters
9. Stadtvertreter Maik Peters
10. Stadtvertreter Sascha Peters, ab 19:55 Uhr
11. Stadtvertreter Helge Prielipp
12. Stadtvertreter Jörg Rombach-Domeyer
13. Stadtvertreter Peter Tetzlaff
14. Stadtvertreter Uwe Wrigge

nicht anwesend:

1. Stadtvertreter Sascha Halupka
2. Stadtvertreter Rickmer Jensen
3. Stadtvertreter Hans-Joachim Teegen

Gäste:

Gemeindewehrführer Dr. Stefan Klützke, zu TOP 15 und zu TOP 17. d)
Maurice Brenk, Vorsitzender DLRG Ortsgruppe Tönning/Eiderstedt e. V., zu TOP 15

von der Verwaltung:

Bürgermeisterin Dorothe Klömmer
Kay Wengoborski als Protokollführer

Tagesordnung:

öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen
3. Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung der Stadtvertretung im nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden
4. Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzungen der Stadtvertretung vom 09.02.2020
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht der Bürgermeisterin / der Verwaltung
7. Beschlussfassung über die Nachbesetzung von Ausschüssen; Finanzausschuss
8. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 35 für das Gebiet der ehemaligen Konservenfabrik Nohme, begrenzt durch Fischerstraße und Neustadt, mit Begründung und öffentlicher Auslegung; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
9. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 33 - Flächen für Seniorenwohnanlage, Medizinische Versorgung und Wohnbebauung für das Gebiet – des ehemaligen Krankenhausgeländes an der Selckstraße – südlich der Kfz-Werkstatt in der Selckstraße, nördlich der Flächen der ehemaligen Landratsvilla und der ehemaligen Rettungswache (DRK) in der Selckstraße, westlich der rückwertigen Grundstücke zur Johann-Adolf-Straße, östlich der Selckstraße welches die Flurstücke 141, 42/13, 45/8 und 49/6 der Flur 19 sowie 53, 52, 7/3, 35/9 und 7/1 der Flur 20 sowie 142/2, 143/2, 145/3, 270/145 und 150/3 der Flur 21 (Gemarkung Tönning) umfasst; erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
10. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplans 19, Verlängerung der Paul-Dölz-Straße; Aufstellungsbeschluss
11. Beratung und Beschlussfassung über die Sanierung der Räumlichkeiten der Offenen Ganztagschule
12. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührensatzung der städtischen Kindertagesstätte
13. Beratung und Beschlussfassung über die Niederschlagung der Nutzungsgebühren für die ETS-Liner für den Monat Februar 2021
14. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung der Stadt Tönning über die Erhebung von Verwaltungsgebühren
15. Beratung und Beschlussfassung über die Übertragung der freiwilligen Aufgabe „Wasserrettung“ an die Freiwillige Feuerwehr Tönning
16. Anregungen und Beschwerden
17. Aktuelle Fragestunde
18. Anträge und Eingaben

nichtöffentlicher Teil

19. Grundstückangelegenheiten
20. Rechtsangelegenheiten / Vertragsangelegenheiten
21. Personalangelegenheiten
22. Stundung, Niederschlagung und Erlass

öffentlicher Teil der Sitzung

1. **Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt sodann die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegen eine Tonbandaufnahme der heutigen Sitzung werden seitens der Mitglieder der Stadtvertretung keine Einwände erhoben.

2. **Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen**

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erklärt, dass die Verwaltung vorschläge, die Tagesordnungspunkte 19 bis 22 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, die Tagesordnungspunkte 19 bis 22 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 13 |
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

3. **Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung der Stadtvertretung im nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden**

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, gibt bekannt, dass in der Sitzung der Stadtvertretung am 09.02.2021 über Personalangelegenheiten berichtet und über Grundstücksangelegenheiten beraten worden sei. Beschlüsse seien nicht gefasst worden.

4. **Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzungen der Stadtvertretung vom 09.02.2020**

Stadtvertreterin Ebsen merkt an, dass sie in der Niederschrift eine Bemerkung zu einem Leserbrief, der an die Stadtvertretung gerichtet gewesen sei, vermisste. Auf diesen Leserbrief hin habe Bürgervorsteher Diekmann für die Stadtvertretung antworten wollen. Wie sei diese Antwort ausgefallen?

Bürgermeisterin Klömmer erklärt, dass sie als Bürgermeisterin eine Rückmeldung hierzu gegeben habe. Gefragt sei darüber hinaus eine Antwort der Stadtvertretung gewesen.

Bürgervorsteher Diekmann erklärt, dass er im Namen der Stadtvertretung auf den besagten Leserbrief geantwortet habe. Er lasse den Mitgliedern der Stadtvertretung diese Antwort zukommen.

Bürgervorsteher Diekmann stellt sodann fest, dass Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung am 09.02.2021 nicht vorliegen würden. Die Niederschrift gelte somit als genehmigt.

5. **Einwohnerfragestunde**

Bei Aufruf des Tagesordnungspunktes waren acht Einwohner*innen anwesend.

Ein Einwohner fragt, ob und wenn ja in welchem Gremium er das Projekt „Gemeinschaftsgarten“ vorstellen könne. Zudem wolle er fragen, ob die Stadt Interesse an einer Unterstützung des Projekts habe.

Bürgermeisterin Klömmer erklärt, dass sie die ihr gegebenen Informationen zu dem Projekt zeitnah per Mail an die Mitglieder der Stadtvertretung weitergeleitet habe. In der heutigen Sitzung der Stadtvertretung sei eine detaillierte Befassung im Rahmen der Einwohnerfragestunde nicht möglich. Sie regt eine Befassung im zuständigen Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss an. Der Vorsitzende des Ausschusses, Stadtvertreter Jacob Peters, müsse entscheiden, ob er eine Beratung in der nächsten Sitzung des Ausschusses wünsche und würde Vertreter*innen der Initiative „Gemeinschaftsgarten“ gegebenenfalls zu dieser Sitzung einladen.

Es entspannt sich noch eine kurze Diskussion zum möglichen Standort eines Gemeinschaftsgartens.

Eine Einwohnerin gibt eine Stellungnahme ab, stellt aber keine Frage zu ihrem Thema.

Eine Einwohnerin fragt, was sich seit der letzten Sitzung der Stadtvertretung zum Thema „Leerstands-Management“ getan habe.

Bürgermeisterin Klömmer berichtet, dass es ein gemeinsames Projekt zum Leerstands-Management mit der Stadt Husum gebe. Das Projekt werde von der AktivRegion südliches Nordfriesland gefördert. Die Federführung liege bei der Stadt Husum. Die Stelle eines Leerstands-Managers sei noch nicht ausgeschrieben worden. Derzeit werde das Leistungsverzeichnis zur Stellenausschreibung abgestimmt. Über das zähe Verfahren sei sie nicht besonders glücklich. Auch ohne einen Leerstands-Manager sei die Verwaltung bereits in dem Metier tätig. Unterstützt worden sei der Umzug der Post und die Eröffnung eines neuen Eiscafés am Markt. Darüber hinaus führe sie zahlreiche Gespräche mit Interessenten, die Räumlichkeiten für Praxen u. ä. suchten, und brächte diese mit Eigentümern zusammen.

Stadtvertreter Sascha Peters nimmt ab 19:55 Uhr an der Sitzung teil.

6. Bericht der Bürgermeisterin / der Verwaltung

a) Spielplatz Badallee

Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass der Spielplatz an der Badallee wegen immer wieder gefundener Glasscherben geschlossen werden musste. Offensichtlich würden die Glasscherben aus dem entsprechend belasteten Unterboden des Spielplatzes stammen. Mit der Sanierung des Spielplatzes müsse man sich grundlegend beschäftigen.

b) Kita-Anbau

Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass der Anbau an der Kita am vergangenen Freitag von der Heimaufsicht des Kreises Nordfriesland abgenommen worden sei. Beanstandungen habe es nicht gegeben. Der Anbau konnte somit in Betrieb genommen werden. Eine offizielle Einweihung musste leider aus den bekannten Gründen unterbleiben.

c) Kita-Betrieb

Die Leiterin der Kita, so Bürgermeisterin Klömmer weiter, unterrichte sie regelmäßig und umfassend über den laufenden Betrieb der Kita unter Corona-Bedingungen. Die Zusammenarbeit mit der Kita-Leitung sei sehr gut. Auch die Mitwirkung des Personals, der Eltern und auch der Kinder in dieser schwierigen Zeit laufe hervorragend.

d) Schulbetrieb

Bürgermeisterin Klömmer stellt heraus, dass das für die Kita gesagte auch für den Betrieb der Schulen gelte.

- e) **Auswahlverfahren Schulleitung Eider-Treene-Schule**
Das Bildungsministerium habe ihr mitgeteilt, so Bürgermeisterin Klömmer weiter, dass sich der Vorschlag zur Besetzung der Schulleiterstelle an der ETS in Vorbereitung befinde. Der Schulleiterwahlausschuss könne aller Voraussicht nach im Mai 2021 über die Stellenbesetzung befinden. Auf eine entsprechende Frage von Stadtvertreterin Ebsen erklärt Bürgermeisterin Klömmer, dass der Schulleiterwahlausschuss für den Fall, dass nur einen Besetzungsvorschlag ergehe, die Vergabe der Stelle an den einen Bewerber auch ablehnen könne. Dann sei es am Bildungsministerium über eine erneute Ausschreibung oder über eine Einsetzung eines Schulleiters zu bestimmen.
- f) **Schülerbeförderung aus dem Kreis Dithmarschen**
Bürgermeisterin Klömmer weist darauf hin, dass sich der Wirtschaftsausschuss des Kreistages des Kreises Dithmarschen in seiner morgigen Sitzung unter anderem mit der ÖPNV-Verbindung zur Stadt Tönning beschäftigen werde. Vornehmlich gehe es hierbei um die Schülerbeförderung.
- g) **Förderung Solar-Bänke**
Bürgermeister Klömmer gibt bekannt, dass im Rahmen des Projektes „Historie trifft Moderne“ der AktivRegion südliches Nordfriesland die Anschaffung von zwei Solar-Bänken in der Stadt Tönning gefördert werde. Bei einem Investitionsvolumen von insgesamt 15.200,00 € und einer Förderquote von 80 % erhalte die Stadt Tönning 12.160,00 € Fördermittel und müsse 3.040,00 € selbst tragen.
- h) **Verkehrskonzept**
Bürgermeisterin Klömmer erläutert, dass ab heute der Fragebogen zur Beteiligung der Einwohnerschaft an der Entwicklung des Verkehrskonzeptes online gestellt sei. Der Fragebogen stehe auch in Papierform zur Verfügung. Einige Exemplare stünden zur Mitnahme am Ausgang des Sitzungssaales bereit.
- i) **Touristische Modellregion**
Bürgermeisterin Klömmer erklärt, dass es auf Kreisebene Bestrebungen gebe, den Kreis Nordfriesland im Rahmen der Corona-Verordnung des Landes zur touristischen Modellregion zu entwickeln, sofern ein entsprechendes Gesamtkonzept nachgehalten werden könne und die relativ niedrigen Infektionszahlen erhalten werden könnten. Auch die Stadt Tönning sei an der Entwicklung des Projektes beteiligt. Sollte die touristische Modellregion etabliert werden können, wäre dies mit weiteren abgegrenzten Lockerungen zum Beispiel in der Gastronomie verbunden. Dies wäre nicht nur für die Touristinnen und Touristen, sondern auch für die einheimische Bevölkerung von Wert.

7. **Beschlussfassung über die Nachbesetzung von Ausschüssen; Finanzausschuss**

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Stadtvertreter Maik Peters als stellvertretendes Mitglied in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | 1 |

8. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 35 für das Gebiet der ehemaligen Konservenfabrik Nohme, begrenzt durch Fischerstraße und Neustadt, mit Begründung und öffentlicher Auslegung; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

1. Der Entwurf des vorhabenbezogenen B-Plans Nr. 35 (VEP) für das Gebiet der ehemaligen Krabbenkonservenfabrik Nohme, begrenzt durch Fischerstrasse und Neustadt, mit Begründung und öffentlicher Auslegung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie den textlichen Festsetzungen (Teil B), dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Teil C), jeweils mit Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 35 (VEP) und der Vorhaben- und Erschließungsplan, jeweils mit Begründung sind nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war kein Mitglied der Stadtvertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 33 - Flächen für Seniorenwohnanlage, Medizinische Versorgung und Wohnbebauung für das Gebiet – des ehemaligen Krankenhausgeländes an der Selckstraße – südlich der Kfz-Werkstatt in der Selckstraße, nördlich der Flächen der ehemaligen Landratsvilla und der ehemaligen Rettungswache (DRK) in der Selckstraße, westlich der rückwertigen Grundstücke zur Johann-Adolf-Straße, östlich der Selckstraße welches die Flurstücke 141, 42/13, 45/8 und 49/6 der Flur 19 sowie 53, 52, 7/3, 35/9 und 7/1 der Flur 20 sowie 142/2, 143/2, 145/3, 270/145 und 150/3 der Flur 21 (Gemarkung Tönning) umfasst; erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erläutert den Sachverhalt und weist auf die am Freitag versandte Vorlage mit einer Ergänzung der Beschlussempfehlung hin.

Beschluss:

1. Der Entwurf des B-Plans Nr. 33 für das Gebiet des ehemaligen Krankenhausgeländes an der Selckstraße, südlich der Kfz-Werkstatt in der Selckstraße, nördlich der Flächen der ehemaligen Landratsvilla und der ehemaligen Rettungswache (DRK) in der Selckstraße, westlich der rückwärtigen Grundstücke zur Johann-Adolf-Straße, östlich der Selckstraße, welches die Flurstücke 141, 42/13, 45/8 und 46/9 der Flur 19 sowie 53, 52, 7/3, 35/9 und 7/1 der Flur 20 sowie 142/2, 143/2, 145/3, 270/145 und 150/3 der Flur 21 (Gemarkung Tönning) umfasst, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie den textlichen Festsetzungen (Teil B), sowie der Begründung werden mit folgender Ergänzung der textlichen Festsetzung im Teil B gebilligt:

4. Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser

(§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Die Oberflächenentwässerung für die befestigten Flächen erfolgt über ein Mulden-/Rohr-Rigolen-System. Dieses ist nach den anerkannten Regeln der Technik zu planen, herzustellen, zu betreiben und dauerhaft zu erhalten. Ein Überlauf/Anschluss des Rigolensystems in den privaten Regenwasserkanal ist möglich. Für befestigte Flächen nicht hochbaulicher Art wie Fußwege, Zufahrten, Stellplätze kann alternativ durch geeignete bauliche Maßnahmen eine Flächenversickerung vorgesehen werden.

Die Begründung ist entsprechend anzupassen.

2. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 4a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) erneut öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.
3. Es wird gemäß § 4a Abs. 3 Satz 2 BauGB bestimmt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können.
4. Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Stellungnahme wird gemäß § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB auf zwei Wochen verkürzt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war kein Mitglied der Stadtvertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19, Verlängerung der Paul-Dölz-Straße; Aufstellungsbeschluss

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erläutert den Sachverhalt. Er weist auf die unlängst versandte Erläuterung mit einer geänderten Beschlussempfehlung hin.

Stadtvertreter Maik Peters kommt auf die Lage der in Rede stehenden Grundstücke zu sprechen, die nach Auffassung der SPD-Fraktion ungünstig gewählt sei. Die SPD-Fraktion spreche sich dafür aus, für eine Mehrfamilienhausbebauung lieber Grundstücke in Randlage des B-Plan-Gebiets zu wählen.

Bürgermeisterin Klömmer macht deutlich, dass heute zunächst der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des B-Plans gefasst werden soll. Grundsätzlich wären also noch Veränderungen zum Maß der baulichen Nutzung im gesamten Plangebiet möglich. Allerdings habe sich die Stadtvertretung bereits im vergangenen Jahr zur Lage der Grundstücke, auf denen Mehrfamilienhäuser gebaut werden können, im Rahmen der Vorgaben zum Vergabeverfahren für die Grundstücke festgelegt. Eine erneute Diskussion über die Lage dieser Grundstücke würde dieses Vergabeverfahren, welches kurz vor dem Start stehe, blockieren. Dies wäre den Interessentinnen und Interessenten für die Grundstücke nicht mehr zu vermitteln.

Bürgermeisterin Klömmer gibt sodann weitere Informationen zu den geplanten Änderungen zum Maß der baulichen Nutzung in den dafür vorgesehenen Bereichen zur besseren Ausnutzbarkeit der Grundstücke.

Es entspannt sich eine kurze Aussprache, nach der Bürgervorsteher Diekmann über die Beschlussempfehlung der Verwaltung abstimmen lässt.

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung beschließt die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 für das Gebiet zwischen Ziegelhof, B 202, Bahnstrecke, Baugebiet „An der Otto-Wiesner-Straße, Norderbootfahrt und Gardinger Chaussee“ gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB mit dem Ziel der Anpassung der Maße der baulichen Nutzung für die Bereiche, in denen auch Reihenhausbebauung zulässig ist.
2. Mit den Planungsleistungen wird Herr Springer vom Planungsbüro Springer beauftragt.
3. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen.
4. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
5. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war kein Mitglied der Stadtvertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11. Beratung und Beschlussfassung über die Sanierung der Räumlichkeiten der Offenen Ganztagschule

Stadtvertreterin Ebsen erklärt, dass im Rahmen der Entwicklung des Konzeptes zur Sanierung der Offenen Ganztagschule auch die Rede vom Einbau von Entlüftungsanlagen gewesen sei. In den zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung gestellten Unterlagen vermisste sie Aussagen zu Entlüftungsanlagen.

Stadtvertreter Jacob Peters bestätigt die Aussage der Stadtvertreterin Ebsen.

Stadtvertreterin Ebsen erklärt weiter, dass der Kreis ihres Wissens Fördermittel in Höhe von 200.000,00 € für die Anschaffung von Entlüftungsanlagen zur Verfügung stelle. Sie fragt, ob der Verwaltung eine entsprechende Förderrichtlinie bekannt sei.

Bürgermeisterin Klömmer führt aus, dass eine Richtlinie nicht bekannt sei, die Verwaltung hierzu jedoch Ermittlungen anstellen werde.

Sodann berichtet Bürgermeisterin Klömmer, über die weitere Entwicklung des Projekts. Beantragt seien bereits Fördermittel aus dem Schulträgerbudget in Höhe von 52.000,00 €. Diese Mittel sollen neben der städtischen Komplementärfinanzierung für die Planungs-

kosten eingesetzt werden. Bislang liege lediglich eine Entwurfsskizze mit grober Kostenschätzung vor. Für die Beantragung einer Sonderbedarfszuweisung reiche diese Entwurfsskizze nach Auskunft des Innenministeriums nicht aus. Zunächst müsse die Planung einen qualifizierten Stand erreichen, um einen Antrag stellen zu können. Das Innenministerium lasse eine Antragstellung für die Antragsrunde 2022 bereits zum Ende des Jahres 2021 zu. Über die Entwicklung des Projektes werde die Verwaltung im Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss fortlaufend berichten. Derzeit laufe alles darauf hinaus, dass die Planungen im Jahr 2021 vorgenommen werden und der Baubeginn im Jahr 2022 liege. Dies sei aufgrund der Einhaltung verschiedener Fristen in den erforderlichen Vergabeverfahren auch zeitlich gar nicht anders zu tackten.

Es folgt eine kurze Aussprache.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, die Sanierung der Räumlichkeiten der Offenen Ganztagschule an der Schule am Ostertor gemäß den vorgestellten Planungen des Planungsrings Mumm & Partner. Die Gesamtkosten der Maßnahmen betragen nach vorliegender Kostenschätzung 1.150.000,-€ und sind bereits in den Haushalt 2021 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

12. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührensatzung der städtischen Kindertagesstätte

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

In der 3. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Nutzung des städtischen Kindergartens der Stadt Tönning wird im § 2 (1) c der Betrag auf 1,41 € geändert. Weiterhin wird im § 2 (2) c der Betrag auf 1,80 € geändert. Die Stadtvertretung beschließt die 3. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Nutzung des städtischen Kindergartens der Stadt Tönning mit den vorgenannten Änderungen in der Fassung der Vorlage der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

13. Beratung und Beschlussfassung über die Niederschlagung der Nutzungsgebühren für die ETS-Liner für den Monat Februar 2021

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, dass die Nutzungsgebühren für die ETS-Liner für den Monat Februar aufgrund der coronabedingten Schulschließung in Höhe von ca. 7.000 EUR niedergeschlagen werden.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

14. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung der Stadt Tönning über die Erhebung von Verwaltungsgebühren

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Satzung der Stadt Tönning über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung) in der Fassung der Vorlage der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

15. Beratung und Beschlussfassung über die Übertragung der freiwilligen Aufgabe „Wasserrettung“ an die Freiwillige Feuerwehr Tönning

Gemeindewehrführer Dr. Stefan Klützke sowie Herr Maurice Brenk von der DLRG nehmen an der Sitzung teil.

Herr Dr. Klützke erläutert den Anwesenden sodann den Grund für das Erfordernis der Beschlussfassung sowie den Umfang der Kooperation mit der DLRG Tönning/Eiderstedt. Er stellt heraus, dass die Freiwillige Feuerwehr Tönning schon seit langer Zeit Wasserrettung insbesondere auf der Eider betreibt. Durch eine Beschlussfassung der Stadtvertretung könne diese Aktivität nunmehr auf einer genügenden rechtlichen, insbesondere auch versicherungsrechtlichen Grundlage ausgeübt werden. Er beantwortet sodann Fragen der anwesenden Stadtvertreter*innen.

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, weist darauf hin, dass der Beschluss dergestalt abzuändern sei, dass die Kooperation mit der DLRG nicht nur während der Sommersaison erfolge.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt, die freiwillige Aufgabe der Wasserrettung an die Freiwillige Feuerwehr Tönning zu übertragen. Die Wahrnehmung der Aufgabe erfolgt ganzjährig in Kooperation mit der DLRG Ortsgruppe Tönning/Eiderstedt e. V..

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--|-------|
| Anzahl der Mitglieder der Stadtvertretung: | 17 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | keine |

Gemeindewehrführer Dr. Stefan Klützke sowie Herr Maurice Brenk verlassen die Sitzung.

16. Anregungen und Beschwerden

Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass Anregungen und Beschwerden nicht vorliegen würden.

17. Aktuelle Fragestunde

a) Kabelverlegung Campingplatz

Stadtvertreterin Ebsen fragt, ob bekannt sei, zu welchem Zweck die Kabelverlegung im Bereich des Campingplatzes diene.

Stadtvertreter Tetzlaff antwortet, dass es sich seines Wissens nach um eine Breitbandkabelverlegung der Firma Versatel handele.

b) Solarpark

Stadtvertreterin Ebsen fragt, ob die Stadt Tönning sich an einem gemeinsamen Konzept der Gemeinden des Amtes Eiderstedt hinsichtlich des Baus von Solarparks beteilige.

Bürgermeisterin Klömmer antwortet, dass es nach ihrer Kenntnis bisher noch keine gemeinsame Strategie der amtsangehörigen Gemeinden gebe, diese aber nach Informationen aus der Presse angestrebt sei. Bisher gebe es hierzu keine Rücksprache des Amtes mit der Stadt Tönning. Für die Stadt Tönning seien derzeit keine Planungen bekannt.

c) Luftfilter

Stadtvertreterin Ebsen fragt, ob seitens der Schulen in Trägerschaft der Stadt ein Bedarf an Luftfiltern angezeigt worden war.

Bürgermeisterin Klömmer antwortet, dass ihres Wissens nach die Schulen keinen Bedarf angezeigt hätten. Sie werde hier jedoch nachfragen.

d) Waldarbeiten Grundstück Norderbootfahrt/Bahnlinie

Stadtvertreter Busch berichtet, dass in dem Stadtwald zwischen Norderbootfahrt und Bahnlinie der Weg deutlich verbreitert und aufgeschüttet worden sei. Darüber hinaus seien zahlreiche Bäume gefällt worden, auch große und alte Bäume, die im Ökosystem Wald eine Funktion erfüllen würden. Er fragt, wer die Arbeiten beauftragt habe und wer die Kosten trage.

Stadtvertreter Maik Peters erklärt, seines Wissens sei die Deutsche Bahn Auftraggeberin der Maßnahme gewesen. Die Bahn müsse den ursprünglichen Zustand wiederherstellen, habe ein Mitarbeiter des Bauamtes der Stadt mitgeteilt.

Gemeindeführer Dr. Klütze nimmt wieder an der Sitzung teil.

Gemeindeführer Dr. Klütze erläutert, dass die Verbreiterung und Verstärkung des vorhandenen Weges aufgrund von erforderlichen Bauarbeiten an einem Durchlass unter der Bahnstrecke vorgenommen worden sei. Der Durchlass diene der Löschwasserversorgung eines angrenzenden Betriebes.

Gemeindeführer Dr. Klütze verlässt die Sitzung.

e) Mitgebrachte Speisen Kita

Stadtvertreter Rombach-Domeyer fragt, ob bekannt sei, dass Kinder kein kaltes Essen mehr in die Kita mitbringen dürfen.

Bürgermeisterin Klömmer erklärt, dass dies nicht bekannt sei, sie die Gründe hierfür jedoch erfragen werde.

18. Anträge und Eingaben

Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass Anträge und Eingaben nicht vorliegen würden.

Der Vorsitzende, Bürgervorsteher Diekmann, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:07 Uhr.